

FORUM HELVETICUM

DELEGIERTENVERSAMMLUNG 1 9 7 4 ASSEMBLEE DES DELEGUES

U l l i n S t r e i f f , W e t z i k o n Z H

Meine Schweiz der Gegenwart - meine Schweiz der Zukunft

Mit dieser Fragestellung haben Sie uns in besonderem Masse zu persönlichen Bekenntnissen aufgefordert. Diese Aufgabe ist ebenso faszinierend wie anspruchsvoll, besonders heute, wo unser Verhältnis zur Heimat und zum helvetischen Zustand naturgemäss ambivalent geworden ist. Sollten Sie also Mühe haben, einen roten Faden in meinen Ausführungen zu finden, dann wohl zum guten Teil deshalb, weil ich mich dieser Ambivalenz nicht entziehen kann, weil ich zwischen Bejahung, Verteidigung einerseits und Kritik andererseits hin- und hergerissen bin.

Ich kann nicht beurteilen, ob diese Zwiespältigkeit unserem Staatswesen gegenüber eine allgemeine Erscheinung ist oder bloss ein Charakteristikum der politisch Interessierten aus meiner Generation - im Krieg zwar noch sehr jung, aber durch die Behauptung gegen den braunen Totalitarismus mitgeprägt, darum in den Jahren des Kalten Krieges gerne bereit, auch dem roten Totalitarismus gegenüber sich voll zu engagieren. Gerade aus dem Antikommunismus heraus wurde meine Generation auch sehr Europa-freundlich, mit Europa als Gegenpol zu den Supermächten vor Augen. Weiter ergab sich als Antithese zum Kommunismus ein vorbehaltloses Einstehen für die Freie Wirtschaft, zumindest in der bei uns und unseren Nachbarn vorherrschenden Form der sogenannten sozialen Marktwirtschaft.

Seit 1968 müssen wir erleben, dass unser weitgehend auf der Basis schwarz-weiss funktionierendes Denken durch neomarxistische Gedankengänge und eine dadurch ausgelöste Bewusstseinsveränderung der Jungen in Frage gestellt wird, dass die heutige Jugend um 20 plötzlich eine andere Sprache spricht als wir. Um den Fragen und

Antithesen dieser Generation standzuhalten, müssen wir unsererseits alles Uebernommene überprüfen und neu durchdenken. Ich hoffe, in dieser Hinsicht einen kleinen Beitrag leisten zu können.

Fragen wir nach dem Zustand der Schweiz heute, so können wir uns mit zwei ganz verschiedenen Problemkreisen befassen. Wir können unserem kulturellen Selbstverständnis nachgehen, unser Nationalgefühl betrachten. Oder wir können, viel politischer, nach dem Zustand unseres Staatswesens fragen. Zu beiden Fragestellungen ein paar Bemerkungen.

Wird unserem Nationalgefühl nachgespürt, so stösst man auf die suspekt gewordenen Begriffe der Heimat und des Vaterlandes. Auch hier ist unser Verhältnis ambivalent geworden. Beim Fussball, Skifahren, etc. sind wir noch volle Nationalisten, im Bereiche der Kultur identifizieren wir uns schon viel weniger mit den Erfolgreichsten, z.T. weil diese mit besonderer Vorliebe uns in unserem Nationalgefühl verunsichern. Hinzu kommt der allgemeine Abbau von Pathos. Wenn sich also heute der Nationalismus nur noch an unwichtigen Einzelfällen wie der Erhaltung der Kavallerie entflammt, wenn nur Aussenseiter wie die sogenannte Nationale Aktion und die Republikaner vom kleinkarierten Nationalismus profitieren können, dann darf das nicht verwundern. Schliesslich sprechen wir nicht eine Nationalsprache, sondern vier, und gehören nicht einem Kulturkreise an, sondern mehreren. Das Fehlen nationalen Denkens als Dominante unseres Zustandes ist bloss die natürliche Folge der Tatsache, dass wir gar nie eine Kulturnation waren, sondern stets eine politische Nation, zusammengehalten durch den gemeinsamen Willen zur gleichen Staatsform, zur neutralen Existenz im Herzen Europas als möglichst direkte Demokratie.

Umso wichtiger ist also die zweite Standortbestimmung: jene im Bereich der Politik. Wenden wir uns zuerst der internationalen Politik zu, der Stellung unseres Landes in der Welt. Vorauszuschicken ist die Feststellung, dass unser Ruf im grossen ganzen besser ist als wir verdienen. Denn wenn wir unsere Maximen etwas unter die Lupe nehmen, dann bleiben etliche Fragezeichen bestehen. Zwar ist die

Neutralität weitgehend eingehalten worden; sie lässt sich heute aber nur sehr schwer rechtfertigen, denn sie mag uns kurzfristig nützen und schützen, sie ist aber keine Basis für eine aktive Friedenspolitik, die im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel mit Erbfaktorenzerstörung eigentlich zur Verpflichtung wird. Womit wir bei der zweiten Maxime, der Solidarität, angelangt wären. Wir sind solidarisch genug, um in Genf viele Konferenzen zu beherbergen, solidarisch genug, um diplomatische Vertretungen zu übernehmen, dem Roten Kreuz als Sitz zu dienen, aber nicht solidarisch genug, um der UNO beizutreten oder Blauhelme zu stellen. Auch hier sollte man freilich noch etwas weitergehende Fragen aufwerfen: Wären wir nicht erst dann wirklich mitmenschlich-solidarisch, wenn die Aermsten in allen Ländern gegen den Hungertod abgesichert wären, was (neben vielen Reformen in den Entwicklungsländern selber) wesentliche Aenderungen am Weltwirtschaftssystem voraussetzen würde, Aenderungen, die momentan unfreiwillig in Gang gekommen sind, nämlich höhere Preise für Rohstoffe und Lebensmittel als Basis besserer Verteilung des Reichtums über die Welt.

Ebenso wichtig wie die Frage der Entwicklungsländer sind aber zwei Kernfragen jeder schweizerischen Aussenpolitik: Unser Verhalten zur europäischen Einigung und zum Ostblock.

Die technologischen Fortschritte führen zu grösseren Einheiten, zwingen zu grösseren Märkten. Um eine vergleichbare Ausgangslage zu den zwei Supermächten zu erlangen, ist zumindest ein Zusammenschluss Westeuropas erforderlich. Unser Abseitsstehen hindert uns, die im Rahmen der Neun bestehenden Interessengegensätze mildern zu helfen. Die ständigen Reibereien und Krisen in Europa dürfen uns dabei nicht allzusehr verwundern: Denn gerade das Besondere an Europa ist seine Vielgestaltigkeit, Verschiedenheit. Dieser Kontrast - Zwang zum Zusammengehen trotz tiefgreifenden Meinungs-, Charakter- und Temperamentsunterschieden - macht das fast unlösbare Dilemma Europas aus.

Dabei ist der unerfreulichste Bereich europäischer Divergenzen der Wettlauf im Flirt mit dem Osten. Selbstverständlich kann Entspannung

auch die Ostblockstaaten in Verlegenheit bringen, aber nur, wenn zwei Voraussetzungen voll gegeben sind: Wenn daraus kein Vakuum bei der Verteidigungsbereitschaft und den Verteidigungsmitteln entsteht, und wenn parallel dazu der vorbehaltlose Kampf für Meinungsfreiheit auch im Osten weitergeführt, ja intensiviert wird. Beides entspricht bester schweizerischer Tradition und ist heute doch nicht mehr selbstverständlich. Diese zwei Dinge sind unerlässlich, weil sonst die aufweichenden Folgen der Entspannung allein im Westen auftreten und daher den Oststaaten alle Vorteile überlassen. Gerade an der Sicherheitskonferenz ist es von grösster Wichtigkeit, dass die Schweiz auf dem zweiten der Punkte beharrt. Moskau soll sich die geringeren militärischen Bedenken an den westlichen Grenzen mit mehr Risiken einer Evolution im Innern erkaufen müssen.

Doch nicht primär machtpolitisch motiviert soll dieses Postulat sein. In erster Linie sind wir es unserer freiheitlichen Tradition schuldig dafür zu kämpfen, durch vermehrten Informationsfluss die Respektierung der Menschenrechte besser abzusichern, und zwar gleicherweise in rechts- wie in linksradikalen Staaten.

Und doch dürfen wir bei all dem die Wirkungsmöglichkeiten unseres Kleinstaates nicht überschätzen. Machtpolitisch sind wir unbedeutend, moralisch jedenfalls nur dann und soweit glaubhaft, wie wir in unserem eigenen Hause ein echt freiheitliches Klima schaffen und bewahren. Deshalb wollen wir uns im folgenden dem inneren Zustand der Schweiz zuwenden.

Auszugehen ist von zwei Beobachtungen, die sich auf ganz verschiedene Gebiete beziehen. Zunächst etwas zum Zustand unserer Jugend. Man muss heute einige Gruppen registrieren, die es früher nicht gab. Da sind zunächst jene, die nichts davon zurückhält, ihr eigenes Leben zu zerstören, vor allem durch Drogen, aber auch durch viele Selbstmorde. Dann gibt es viele, die sich im Arbeitsprozess nicht zurechtfinden, keine berufliche Befriedigung anstreben, ein Leben ausserhalb der Gesellschaft führen wollen. Ferner die Gruppe der neomarxistischen Kämpfer oder Drahtzieher. Allen drei Gruppen ist die radikale Ablehnung unserer Gegenwart gemein, und dies

ausgerechnet im Zeitpunkt, wo es uns besser geht denn je, wo breiteste Bevölkerungskreise besser gestellt sind als früher und wo der Staat jeden Einzelnen auch viel besser schützt und absichert als jemals zuvor.

Dann eine Beobachtung aus dem Bereiche der Politik. Wohl nicht einmal im Zeitpunkt der Gründung unseres Bundesstaates kam es in kurzer Zeit zu einem so weitgehenden Umbruch wie heute. Wenn wir allein die derzeit hängigen Haupttraktanden der Bundespolitik stichwortartig aufzählen, sehen wir, dass hier unerhört tiefgreifende Umwälzungen unterwegs sind:

Konjunkturartikel als Korrelat
zu den Wirtschaftsartikeln,
um ein Instrumentarium gegen das
Ueberborden des Wohlstandes zu
bekommen

Krankenversicherung: tiefgreifende Neuordnung
mit Lohnprozenten

Bodenrecht: Erstmalige bundesrechtliche Ordnung mit
vielen Eingriffen in Herkömmliches, vor allem
durch Planungsinstrumente

Mitbestimmung als totale Umkrempelung der
herkömmlichen Beziehungen Arbeitgeber -
Arbeitnehmer

Wohnbau- und Eigentumsförderung
ebenfalls mit etlichen grundsätzlichen
Neuerungen

Fernsehartikel mit Weichenstellungen
von höchster Wichtigkeit, charakterisiert
durch den Widerstreit der Pole Loyalität
zu unserem Staat, Objektivität und Langeweile.

Ueberfremdung mit den drohenden massivsten Eingriffen in unsere Wirtschaft

Man kann die Liste fast beliebig verlängern - Reichumssteuer, Einführung der Mehrwertsteuer, strafloser Abbruch der Schwangerschaft, Staatsvertragsreferendum wären etwa einige der Stichworte, die noch der Erwähnung wert wären.

Lassen wir diese Liste nochmals Revue passieren. Wir stellen dabei fest, dass kein einziges dieser Probleme erdauert, in einem breiten, das Volk einbeziehenden Meinungsbildungsprozess erarbeitet worden ist. Weder in der Vorbereitungsphase noch während der parlamentarischen Beratung haben diese Themen - trotz ihrer eminenten Tragweite - ins Volk ausgestrahlt, vielleicht ausser in der Frage der Ueberfremdung, wo ein echter Meinungsbildungsprozess leider wegen den hochgehenden Emotionen ebenfalls nicht zustandekommen kann. Wird die Lösung so wichtiger Probleme ohne funktionierende Tuchfühlung zum Volk erarbeitet, so besteht keine Gewähr bezüglich des Reagierens des Volkes an der Urne. Abstrakt ausgedrückt: Unsere Führung^hstrukturen versagen mehr und mehr, unser Volk ist überfordert. Dabei möchte ich betonen: Ich klage nicht an, ich stelle bloss fest. Was ich unter Versagen der Führungsstrukturen verstehe, möchte ich mit wenigen Beispielen illustrieren: Derzeit wählen in unseren Städten ca. 15 % der Stimmberechtigten Parteien, die sich vollamtlich dem Thema der Ueberfremdung widmen, und dies, obwohl die Regelung der Fremdarbeiterfragen ausschliesslich Sache der eidgenössischen Organe ist, also die Parlamente unserer Städte dazu gar keinen Beitrag leisten können. Im Kanton Zürich ist eine PdA-Initiative, vom Kantonsrat massiv verworfen, mit Thema Mieterschutz mit Zweidrittelsmehrheit angenommen worden; alle Parteiparolen verhallten ungehört, das Stichwort "Mieterschutz" zündete! Auch diese Liste liesse sich verlängern. Sie zeigt eines: Die Führung von einst ist einer totalen Verunsicherung von heute gewichen. So darf man ohne Schwarm^zmalerei und Uebertreibung heute von einer tiefen Krise der politischen Institutionen sprechen, von einer Gefährdung der Glaubhaftigkeit der Rollenträger im Staat, auch wenn sie zum Glück noch nicht amerikanische Dimensionen angenommen hat.

Setzen wir die zwei erwähnten Beobachtungen in Relation zueinander, so wäre es sicher viel zu weit gegangen, das Ausscheren eines grossen Teiles der Jugendlichen mit dem Versagen der politischen Meinungsbildung zu begründen. Das Zusammentreffen beider Phänomene ist aber umgekehrt sicher auch kein Zufall.

Was steckt dahinter? In der hier gebotenen Kürze ist eine Beantwortung dieser Frage gewagt. Ich will es dennoch versuchen.

Im Kern glaube ich, dass hinter allem zwei Ursachengruppen am Werke sind: Erstens der Verlust der Weltanschauung und zweitens die massive Komplizierung aller Bereiche. Zu letzterem nur zwei Sätze: Nicht nur wegen des Uebereifers der Gesetzgeber werden alle Gesetze und Verordnungen immer länger und komplizierter; die moderne arbeitsteilige Welt ist vielmehr derart komplex und kompliziert, dass die sie ordnenden Gesetze es auch sein müssen. Solange die Zahl der Erfindungen, die Urbanisierung und viele verwandte Erscheinungen noch progressiv zunehmen, ist auch kein Ende dieser Entwicklung abzusehen.

Mehr beschäftigen müssen wir uns mit dem Phänomen, dass die Weltanschauung weitgehend verloren gegangen ist. "Gott ist tot" ist nicht ein Schlagwort erst unseres Jahrhunderts, aber heute ist es zur gelebten Realität der starken Mehrheit unseres Volkes geworden: Das Handeln in Beruf, Familie und Freizeit orientiert sich nicht mehr überwiegend an religiösen Glaubenserfordernissen. Unserer Staatsphilosophie ist es nicht gelungen, in die Lücke zu treten. Das mag als Grundübel des Liberalismus bewertet werden: Dass er den Menschen losbindet und von ihm nicht primär Opfer verlangt, sondern ein Modell geschaffen hat, ^{das} aus der Summe der Egoisten ein Optimum auch für die Gesellschaft erzeugt. Selbstverständlich kann die liberale Idee nicht ohne den das Allgemeininteresse wahrenen Staatsbürger auskommen. Diese Rollenteilung hat aber oft die Bürger überfordert. Vor allem scheint ein so zweigeteiltes Verhalten in Beruf und Politik mit der menschlichen Psyche schwer vereinbar zu sein, besonders in unserer Zeit, wo die Trennungslinien zwischen Beruf und Politik immer mehr verwischt werden.

Ich möchte dem Liberalismus, der unsere Staatsform geprägt hat, keineswegs jedes idealistische Element absprechen. Sein primäres Anliegen ist die Selbstenfaltung des Menschen, was durchaus idealistisch verstanden werden kann. Es schliesst aber die Wahrung des eigenen Nutzens und Vorteiles nicht aus, sondern lässt dies ohne besondere Konflikte zu. Demgegenüber ist die Wahrung des Allgemeinwohles, die man vom Staatsbürger fordert, untergeordneter Natur. Die merkwürdige Zweispaltung der Motivation und der Verhaltensweisen im privaten und im öffentlichen Sektor bietet dem Menschen offensichtlich Schwierigkeiten. Praktisch ausgedrückt: Schamlose Gewinne des Wirtschaftenden im Privatsektor sind legitim, wenn er sie nur versteuert; ein dank seiner Machtposition Bestechungsgelder annehmender Beamter wird hart verurteilt - obwohl im Grunde beide dasselbe tun

Von hier aus wird zum Teil auch verständlich die Flucht der Jugendlichen ins Nirwana der Drogen, die Ablehnung des Mitmachens in unserer Wettbewerbswirtschaft oder der absolute Glaube an die neomarxistischen Theorien. Gerade wegen dieser Querbeziehung meine ich, hier seien wir im Zentrum unserer Fragestellung angelangt. Abhilfe ist wohl nur in zwei Hinsichten möglich: Entweder müssen wir einen glaubhaften Religionsersatz, eine Weltanschauung der offenen Gesellschaft schöpfen,

oder wir müssen zumindest die Transparenz unserer Entscheidungsprozesse herbeiführen und die Anteilnahme unseres Volkes daran und sein Vertrauen dazu wieder erwecken.

Wie steht es nun mit den Möglichkeiten zu diesen Schritten? Die Philosophie der offenen Gesellschaft mit ihrer extremen Toleranz und mit ihrer unerhörten Anregungsbreite und Faszination ist kaum geeignet, als Religionsersatz "geglaubt" zu werden

Sie ist vielmehr so anspruchsvoll, dass sie viele Leute gar nicht packen kann. Eine andere, militantere Gesellschaftsphilosophie erscheint zumindest mir nicht als erstrebenswert. Der Weg in ein neues Pathos ist also nicht gangbar. So kommt allein eine Verbesserung der Transparenz in Frage - der Weg über den Kopf statt über das Herz. Und das bedeutet einen Wettkampf gegen die Zeit. Denn wir brauchen, wie gezeigt, innert weniger Jahre Entscheide für Fragen von unerhörter Wichtigkeit.

Dabei scheinen sich mir zwei Möglichkeiten des Vorgehens anzubieten: Verzicht auf die direkte Demokratie oder massive Verbesserung des staatsbürgerlichen Unterrichtes und des politischen Meinungsbildungsprozesses.

Ersteres ist sicher nicht spruchreif und wäre kaum innert nützlicher Frist realisierbar. Es basiert auf der Annahme, dass die Parlamentarier von Bund und Kantonen als "Halbprofi" wesentlich qualifizierter entscheiden als die Bürger als Vollamateure. Ob diese Annahme durch's Band hindurch stimmt, wage ich zu bezweifeln.

Bleiben die Verbesserungen des Meinungsbildungsprozesses und die Neuerungen im staatsbürgerlichen Unterricht. Beides hängt miteinander eng zusammen. Die direkte Demokratie stellt an den Stimmberechtigten zunehmend höhere Anforderungen. So musste jeder Stimmberechtigte beurteilen, ob die dringlichen Konjunkturbeschlüsse tatsächlich geeignet seien, die Inflation einzudämmen oder nicht. Oder er sollte beurteilen können, welche Massnahmen auf dem Sektor der Mieten den Mieter schützen, ohne die Wohnungsproduktion zum Zusammenbruch zu bringen und damit neue Wohnungsnot zu schaffen, um zwei Beispiele aufzugreifen. Bei beiden Fragen sind bekanntlich auch die Fachleute und Parlamentarier überfordert, wie viel mehr die Bürger.

Nur wenn wir uns entscheiden, diesen Anspruch ernstzunehmen, kommt die Idealvorstellung der direkten Demokratie wieder einigermaßen zum stimmen. Das heisst aber, dass wir der heutigen Wirtschaftsverfassung und ihren Gesetzmässigkeiten, der Weltwirtschaft, den Staatslehrern und dem politischen Spektrum in der Ausbildung mindestens so viel Raum einräumen müssen wie der beruflichen Allgemeinbildung. Praktisch gesagt: Diese Themen müssen obligatorisch im Unterricht jedes jungen Menschen eine Stellung einnehmen vergleichbar der Ausbildung in Geschichte und Sprache. Minimalforderungen sind ein obligatorischer Unterricht auch für Hilfsarbeiter unter 20 und eine mehrmonatige obligatorische Ausbildungszeit für alle 20jährigen in Staatsbürgerkunde.

Was den Meinungsbildungsprozess betrifft, so müssen Radio und Fernsehen viel mehr in diesen Prozess als Wissensvermittler eingeschaltet werden. Statt bloss kontradiktorische Sendungen mit fast immer denselben Exponenten der Hauptparteien zu bringen, wären eigentliche Reportagen über Problemstellungen unerlässlich, Sendungen, die selbst den Einsatz von Bundesmitteln rechtfertigen würden. Ich könnte mir beispielsweise für das Thema "Mitbestimmung" einen Zyklus von Informationssendungen vorstellen, in denen die Entfremdung am Arbeitsplatz und ihre Folgen gezeigt würden, in denen man sähe, wie die Zusammenarbeit mit den Arbeiterkommissionen heute praktisch funktioniert, in denen man konkret sähe, was Verwaltungsräte heute wie entscheiden, in denen man den echten Interessengegensatz Arbeitgeber/Arbeitnehmer darstellen würde, um darauf einige Varianten des Austragens dieses Gegensatzes zu zeigen - Varianten, von denen Formen der Mitbestimmung eine darstellen. Aehnliche Serien wären möglich über das Gewinnstreben in der Wirtschaft und wem der Gewinn zugutekommt, was sicher wesentliche Teile des heutigen Missverstehens und Neides abbauen würde, oder über die Segnungen, aber auch die Grenzen und Gefahren des modernen Sozialstaates. Um Einseitigkeiten in solchen Serien zu korrigieren, sollten am Schluss in Form von Diskussionen die Betroffenen respektive Direktinteressierten ebenfalls zu Worte kommen. Solche Sendereihen liessen sich in der Folge direkt im Unterricht an Mittel- und Gewerbeschulen oder in der geforderten Staatsbürger-RS für 20-Jährige als Lehrmittel verwenden.

Bei der Schwerfälligkeit unserer Mechanismen sind solche Forderungen leider zwangsläufig langfristiger Natur, zum Teil wegen dem Misstrauen der Liberalen gegen den Staat und seine Rollenträger. Also müssen wir uns fragen, ob auch kurzfristig etwas getan werden kann, um die Bürger besser zu befähigen, aus Sachkenntnis zu entscheiden.

Befassen wir uns zuerst mit einer Frage des politischen Stiles. Die wesentlichen Entscheide kommen meist im Rahmen von Kommissionen aus Experten oder Parlamentariern zustande, als Kompromiss zwischen den Wirtschaftsverbänden und den grossen Parteien. Die Opposition, die dann noch bleibt, stammt in der Regel von ganz aussen, sei es links oder rechts. Damit stilisieren wir aber diese Extremisten hinauf -

was an ihren Wahlerfolgen mitbeteiligt sein mag. Der neueste Trend geht auf vermehrte Profilierung auch der an der Regierung beteiligten Parteien, auf vermehrtes Austragen der unterschiedlichen Lösungsvorschläge vor dem Volk (ich denke etwa an die kommenden Abstimmungen über die Reichtumssteuer). Mich dünkt, wir sollten diese Entwicklung begrüßen; ich verspreche mir davon eine bessere Chance für die Bürger, Probleme zu erfassen, falls im Abstimmungskampf sachlich informiert wird und nicht bloss Schlagworte abgetauscht werden.

Was die praktischen Möglichkeiten der Aktivierung der Bürger betrifft, so nimmt die Totalrevision der Bundesverfassung eine besondere Stellung ein. Denn viele Befürworter versprechen sich davon eine wesentliche Belebung der Mitarbeit der Bürger. So wie das Unternehmen Totalrevision bisher angelaufen ist, ergibt sich daraus sicher eine Aktivierung einer gewissen Elite. Eine eigentliche Breiten- und Tiefenwirkung darf man aber nicht erwarten. Denn die Fragestellungen gingen bisher viel zu stark auf Kleinkorrekturen aus. Etwas anderes wäre im Rahmen des vorgegebenen Fahrplanes auch gar nicht möglich. Um die wichtigen aktuellen Streitfragen tobt der Kampf ja bereits - die momentane Flut der Initiativen ist dafür zumindest mitverantwortlich. Weniger aktuelle Punkte erlauben unter keinen Umständen wesentliche Änderungen am Bestehenden: Ohne breiten Meinungsbildungsprozess hingen solche Reformen ja in der Luft. Was am Schluss bleiben kann, ist eine bessere Trennung von Verfassung und Gesetz, ein besserer Aufbau der Bundesverfassung und ein paar staatsrechtliche Änderungen - vielleicht eine Änderung der Zusammensetzung des Ständerates und die Einführung einer beschränkten Verfassungsgerichtsbarkeit, vielleicht die Schaffung von Sozialrechten. Damit wäre wenig gewonnen und zugleich eine unerhörte Chance vertan, die freilich Anstrengungen während einem oder zwei Jahrzehnten voraussetzen würde. Darum stehe ich der Arbeit, die in den nächsten zwei Jahren abgeschlossen werden will, recht skeptisch gegenüber.

Man darf aber auch diesen Punkt nicht überwerten. Denn jenseits der Totalrevision kommen neue Probleme auf unser Staatswesen zu, welche

uns in hohem Masse herausfordern werden. Ich will sie zum Abschluss nur kurz erwähnen:

Die Energiekrise ist erst am Anfang. Die massive Umschichtung der Preise zugunsten der Rohstoffe und Lebensmittel wird nicht nur unsere Konkurrenzfähigkeit sehr stark gefährden, sondern das soziale Klima kräftig verschlechtern, sei es, weil man auf eine Dauerinflation brasilianischen Stils ausweicht, sei es, weil man allen Gruppen deutliche Abstriche am Wohlstand auferlegt. Alle Fragen im Bereiche der europäischen Einigung erlangen dadurch ebenfalls andere Dimensionen, die Grenzen der Sozialgesetzgebung werden zum politischen Zankapfel werden, die Rolle der Massenmedien wird im Rahmen der zunehmenden Polarisierung und der heftigeren Auseinandersetzungen viel mehr Beachtung finden. So wird mit und ohne Totalrevision dafür gesorgt sein, dass unsere Innen- und Aussenpolitik nicht einschläft und es den an der Politik Anteilnehmenden nicht langweilig wird!

Damit stellt sich erneut in aller Dringlichkeit die Frage nach dem Genügen unserer demokratischen Formen und Institutionen. Beim immer rascheren Wandel der Szenerie wird die Langsamkeit der Demokratie immer spürbarer werden. Die Optimierung der Mischung zwischen direkter und indirekter Demokratie wird uns viele Knacknüsse aufgeben. Und doch: Trotz all dieser Sorgen und Mängel dürfen wir schon heute sagen, dass wir als offene Gesellschaft und Demokratie die grösste Chance zur Meisterung der Probleme besitzen und deshalb zuversichtlich den spannenden vor uns liegenden Zeiten entgegengehen dürfen.